

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 598.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 195.

Druck- und Verlagsanstalt für Halle a. S. 22, Markt 2 Nr. 1. Für den Verlagsort: Halle a. S. 22, Markt 2 Nr. 1. Für den Verlagsort: Halle a. S. 22, Markt 2 Nr. 1.

Montag-Ausgabe

Druck- und Verlagsanstalt für Halle a. S. 22, Markt 2 Nr. 1. Für den Verlagsort: Halle a. S. 22, Markt 2 Nr. 1.

Montag, 22. Dezember 1902.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerberg 2. Telefon-Nr. 11 404.

Geschäftsstelle in Halle a. S. Leipzigerstr. 27. Telefon-Nr. 182.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 22. Dezember.

Die Verhandlungen wegen Erneuerung der Handelsverträge. Gegenüber den von Wiener Vätern gebrachten Nachrichten, wonach die Verhandlungen wegen Erneuerung der Handelsverträge im März oder April nächsten Jahres in Berlin stattfinden sollten, wird in einer von Auswärtigen Amt zu Berlin inspirierten Korrespondenz erklärt: „Der Sitz der nächsten Handelsvertrags-Verhandlungen schon jetzt vorherzusagen, läuft auf ein Mißverständnis hinaus. Es ist fraglich, ob alle Verhandlungen an demselben Ort geführt werden, und schließlich kann das Wo hier doch nur als ein Umstand von minderer Bedeutung gelten. ... Bisher sind selbst vorbereitende Schritte zu den neuen Unterhandlungen nicht geschieden. Es liegt aber kein Grund vor, nach dem Jahreswechsel noch lange damit zu warten. Jedenfalls liegt nach Annahme des Reichstagsparlaments auf deutscher Seite der Eröffnung internationaler Verhandlungen ein Hindernis nicht mehr entgegen, und man wird im neuen Jahr auch ohne Kündigung der alten Verträge in die Verhandlungen eintreten können.“

Rein Ende der Krupp-Affäre. Nunmehr sind auch alle übrigen deutschen Blätter, gegen die das Einstellungsverfahren wegen Beleidigung des inzwischen verstorbenen Herrn Krupp eingeleitet war, außer Verfolgung gesetzt worden. Daß die Affäre damit nicht zur Ruhe kommt, sieht man, wenn man die in Halle mitgeteilten haben, hat die Staatsanwaltschaft am Landgericht Neapel Anklage gegen die verantwortlichen Redakteure der „Mercur“, „Globe“ und der sozialdemokratischen „Propaganda“ erhoben wegen Erregung öffentlichen Argernisses durch Erzählung der angeblich Krupp'schen Verurteilungen. Dieser Antrag kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, denn der Untersuchungsrichter Ritter Solari hat seinen Bericht mit dem gleichlautenden Antrage abgeschlossen, und die Strafammer hat gegen die „Propaganda“ am 15. ds. das Einstellungsverfahren eröffnet, und am 17. den verantwortlichen Redakteur geladen. Unabhängig davon kommt die Straffache des künftigen Malers Christian Miers aus Hamburg wegen Sittlichkeitsverstoßes, verurteilt an Minderjährigen, in der ersten Februarwoche vor der 3. Strafkammer Neapels zur Verhandlung.

Neue Freisheiten des „Vorwärts“. Das sozialdemokratische Central-Organ, das am Freitag die Reichstages hat, dem Kronprinzen des Deutschen Reiches wegen des von ihm gebrachten Ausdrucks „Glende“ in Bezug auf die Verleumdung Friedrich Alfred Krupp's mit einer Klage vor Gericht, der er nur deshalb entgehe, weil der „Vorwärts“ drohend nicht zum Richter laufe, übernimmt seine Unerschämtheit jetzt noch damit, daß es den Kronprinzen aus Gröblichkeit beleidigt. Es wird freilich für die künftige Anklage eine Form gewählt, welche harmlos erscheinen könnte, deren Abfertigung, selbst wenn sie nicht schon durch die Art des Druckes dem Leser kenntlich gemacht wäre, Jedermann auf den ersten Blick offenbar werden muß. Der „Vorwärts“ bemerkt nämlich: „Wir werden uns nicht einmal um eine den prinzipialen Ausdruck kompensierende Antwort bemühen — wir Glenden!“ Welche hier geperzten Worte sind auch im „Vorwärts“ geperzt, der damit deutlich machen will, was er unter einer „kompensierenden“ Antwort versteht.

Seit der Zurücknahme der Klage gegen den „Vorwärts“ wegen seiner unerschrockenen That an Krupp lenkt der sozialdemokratische Liebermann seine Kräfte mehr. Dank der Sanftmütigkeit, welche die Managements-Vereine der Sozialdemokratie so geistlich leitet, braucht die sozialdemokratische Presse sich nicht mehr auf eine Vertheidigung einzulassen, die nehmen ihr ja schon eine ganze Reihe von bürgerlichen Blättern ab, welche man geradezu Anwälte der Sozialdemokratie nennen muß. Sie kann deshalb alle ihre Kräfte auf den Angriff konzentrieren. In welcher Weise das geschieht, davon zeugt die herzerquickende Tragik des Todes Krupp's, dessen jetzt wieder der Umstand, daß der „Vorwärts“ mit unerbittlicher Dreifigkeit die frechtlichen Angriffe gegen den künftigen Träger der Markgrafen rücht. Solch dreiste Verleumdung des monarchischen Gedächtnisses, das in allen treuen deutschen Herzen noch als heiligste Würzeln schlägt, zeugt erschreckend davon, was die Partei des Umsturzes von Thron, Altar, Sitte und Ordnung dem deutschen Volke bereits bieten zu können mag.

Aus dem Landtage. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß der Kaiser von der persönlichen Eröffnung des preussischen Landtages absehen und den Reichspräsidenten und Minister-Präsidenten Grafen Hilow mit seiner Sicherstellung betrauen wird. Im Abgeordnetenhaus waren bisher 6 Mandate erledigt. Nach der Ernennung im Wahlkreise Schöneberg-Gehausen (Friedr. v. Niehoff) ist die Zahl der erledigten Mandate auf 5 gestiegen. Die Freiservationsen, welche im Abg. Zimmermann, der am 1. Oktober d. J. farb, diesen Wahlkreis besessen hatten, haben ihn verloren und an die Konservationen abgetreten. — Beim

Abgeordnetenhaus ist für die bevorstehende Tagung bereits eine umfangreiche Arbeit über die Ergebnisse der Regierungstätigkeit eingegangen. Der Geschäftsbereich über die vergangene Tagung wird nach dem Weihnachtsfeste ausgearbeitet werden.

Die Orden für den Kaiser. Die jüngst aus Anlaß der Annahme der Zolltarifvorlage erfolgten Ordensverleihungen werden nunmehr im „Reichsanzeiger“ und zwar in etwas anderer als der ursprünglich gemeldeten Form, veröffentlicht. Es wurden nämlich verliehen: dem Reichspräsidenten und Präsidenten des Staatsministeriums Dr. Grafen von Hilow das Kreuz der Großkreuzhure des Königlich-hausorden von Hohenzollern, dem Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Grafen von Jabomowsky die Kette zum Großkreuz des Hofen-Ordens des Königlich-hausorden, dem Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, Wirklichen Geheimen Rath Freiherrn von Tschirnau, sowie dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Wirklichen Geheimen Rath Dr. Freiherrn von Richthofen der Königlich-Kronorden erster Klasse.

Zur Diktandage. Wie ein Berliner Volksblatt aus Bundesratskreisen erfahren haben will, wären nunmehr an den nachgehenden Stellen die Behebungen zurückgetreten, welche bisher einer Gewährung von Anwesenheitsgeldern an die Mitglieder des Reichstages entgegenstanden. Der Bundesrat werde daher noch im Laufe des Winters dem vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf auf Gewährung von Anwesenheitsgeldern, über den bisher eine Beschlußfassung im Bundesrat nicht stattgefunden hat, nachtreten und ihm voranschicklich mit sehr großen Schwierigkeiten zu kommen, jedoch würden die Anwesenheitsgeldder erst mit Beginn der nächsten Legislaturperiode gezahlt werden. (1)

Angeblühler Anlauf von Caracas. Die Meldung des „Newport Herald“, wonach Deutschland mit Holland wegen Erwerbung der Insel Curacao unterhandele, ist vollständig erfunden; vielmehr verhandelt die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren mehrmals, die Insel anzukaufen, fanden jedoch seitens Hollands kein Entgegenkommen.

Der Gesetzentwurf über die Vorbildung der Verwaltungsbeamten soll dem Landtage in der kommenden Tagung zugehen. Dagegen sei der Entwurf über die Regelung der türkischen Wahlbildung nicht zu erwarten.

Zur sächsischen Personalreform wird offiziell geschrieben:

Die künftige sächsische Regierung hat eine Reform der Personalverhältnisse in Aussicht genommen, welche den Bedürfnissen und Verhältnissen der sächsischen Staatsorgane angepaßt ist. Wenn aber die geplante Reform der Personalverhältnisse für den inneren Bereich des sächsischen Staates den dortigen Verhältnissen entspricht und zum Vortheil gereicht, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß die anderen deutschen Staatsorgane dem Vorgange nachzublicken werden. Für die preussisch-heftige Einbeziehung in die sächsische Reform, wenn man unter einer derartigen Einbeziehung die sächsische Reform sowohl eine Berücksichtigung als eine Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse, die sächsische Neuordnung des Personalverhältnisses, sondern geradezu einen Maßstab bieten, denn für die meiste große Zahl der Beamten würden die sächsischen Verhältnisse in Verbindung mit dem Schnellausbau eines Erziehungswesens zu berücksichtigen sein. Es ist daher mit Bestimmtheit vorzusagen, daß die für den inneren Bereich des sächsischen Staates in Aussicht genommene Neuordnung der Personalverhältnisse die Grundlage für eine einheitliche Gestaltung dieser Verhältnisse für den ganzen Umfang des Deutschen Reiches bilden wird.

Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Der Kaiser hörte Sonnabend Vormittag den Vortrag des Chefs des Marine-Kabinetts, Vize-Admirals Freiherrn von Seeben-Hirten, besuchte das Atelier des Professors Carl Weges und kehrte um 12 Uhr 9 Min nach dem Neuen Palais zurück.

Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich sind am Sonntag um 1/8 Uhr in Wuppertal eingetroffen und haben sich nach dem Neuen Palais begeben.

Aus dem diplomatischen Dienste. Der bisherige Marine-Attaché bei der deutschen Gesandtschaft in Tokio, Legations-Sekretär G. Müller, hat die Dienstverhältnisse seiner Stellung abgegeben, um in der Heimat zur Verheiratung des Chefs der Marine-Station zu treten. Müller hat seit drei Jahre in Tokio gewirkt. Zu Müllers Nachfolger ist der vorerwähnte Legations-Sekretär G. Müller ernannt worden, der zuletzt Kommandant des an der westafrikanischen Küste stationierten Kanonenboots „Grafspil“ war.

Personalnachrichten. In dem Befinden des ehemaligen Führers der deutsch-sozialistischen Partei, Landesdirektor a. D. v. Leebow, ist eine bedeutende Besserung eingetreten, doch der Patient in den letzten Tagen rasch aufsteigen unternehmen konnte. — Der Reichstagskommissar für das Auswanderungswesen, Kapitan zur See a. D. v. Leebow, der Freitag Abend zur großherzoglichen Fest in Altona geladen war, ist nach Wuppertal in sein Hotel zurück infolge eines Schlaganfalls gestorben. — Generalmajor a. D. G. v. Eitel in Charlottenburg feiert am 22. d. M. in feierlicher Mütterlichkeit und geistiger Freude seinen 80. Geburtstag. — Kommerzienrat Wilh. v. v. d. g. u. a. sen., der Präsident der Handelskammer zu Erfurt, ist zum Geheimen Kommerzienrat ernannt worden. — Der Reichstagskommissar für den Reichsanwalt, Herr v. d. g. u. a. sen., welcher in verschiedenen Ehrenämtern tätig, ist nach

langer Krankheit gestorben. — Sonnabend Vormittag ist der Prinz v. v. d. g. u. a. sen. und Prinzessin v. v. d. g. u. a. sen. in Karlsruhe eingetroffen. Der Prinz wurde von seiner Mutter, der Kronprinzessin Victoria, am Bahnhof begrüßt und zum Schloß geleitet. Der Prinz wird wohl einige Wochen bei dem großherzoglichen Hofe in Karlsruhe verweilen.

Der Präsident der Anstellungs-Kommission der Provinz Vorpommern, v. Wittenburg, hat sein Mandat abgedankt für den 1. April 1903 eingereicht. Es verläutet, daß eine Reorganisation der Anstellungs-Kommission stattfinden soll.

Der Reichspräsident hat die Bundesrat an Stelle des in den Ausschuss getretenen Unterstaatssekretärs v. d. g. u. a. sen. ernannt.

Der Würzburger Universitätsstreit ist noch nicht vollständig geschlichtet. Die Bemühungen des Studentenausschusses v. d. g. u. a. sen. ist es zwar gelungen, die beiden Parteien zur Zurücknahme ihrer gegenseitig angelegten gerichtlichen Verfolgungssachen zu veranlassen — was die conditio sine qua non für die Ernennung v. d. g. u. a. sen. und v. d. g. u. a. sen. zu ordentlichen Professoren bildete. Nachdem die beiden „orientalis“ geworden, hat sich jedoch ein neuer Differenzpunkt gemeldet. Professor v. d. g. u. a. sen. erhebt den Anspruch, in den offiziellen Akten der Universität und im Vorlesungs-Verzeichnis v. d. g. u. a. sen. Professor v. d. g. u. a. sen. genannt zu werden. Weil er länger an der Würzburger Universität tätig sei als dieser. Wiewohl nur für die Privatität allgemein die Entlassung an einer deutschen Universität maßgebend, so ist Professor v. d. g. u. a. sen. dem Bundesrat angeordnet, daß dieser vor Ertrag zu sorgen habe. Dieser hat sich jedoch befürwortend an das Staatsministerium gewandt und wurde von Herrn v. d. g. u. a. sen. in Aussicht genommen. Ferner sind auch Professor v. d. g. u. a. sen. und der derzeitige Rektor der Universität, Professor v. d. g. u. a. sen., an das Staatsministerium berufen worden.

Dem Reichspräsidenten v. d. g. u. a. sen. ist nach dem 28. ds. eine sächsische Reichstagsdeputation durch den Reichspräsidenten v. d. g. u. a. sen. ausgeschieden worden mit dem Entschluß, damit den sozialdemokratischen Reichspräsidenten v. d. g. u. a. sen. wieder als Reichstagsdeputation zu entsenden. Diesem ist die Reichstagsdeputation durch den Reichspräsidenten v. d. g. u. a. sen. abgelehnt worden.

Unterhaltlich. Nach der Statistik der Bundesregierung und der Reichstagsverwaltung im Jahre 1901 bis 31. Juli 1902 im Reichsgebiet 305 Millionen unterworfenen (Gebühren mit Nebenverarbeiten), 46 Aufwandsstellen, und 6 Reichstagsdeputations-Anstellen im Reichsgebiet. In diesen 447 Reichstagsdeputations-Anstellen im Reichsgebiet: 2 802 246 Tonneen 1 970 118 Tonneen im Reichsgebiet 1900/01.

Die 305 Millionen Reichstagsdeputations-Anstellen betragen 245 Tonneen in einer Schicht. Die Neben werden getrennt auf 473 749 Tonneen und zwar sind von den Neben selbst auf 40 800 Tonneen 1 400 Tonneen (8,50 vom Hundert), von den Neben auf 473 749 Tonneen 5 208 541 Tonneen (82,50 vom Hundert) getrennt worden, wovon der Rest hauptsächlich in Kaufverträgen bestanden hat, deren Preis sich im Durchschnitt für das ganze Reichsgebiet auf 1,89 Mark betrug, d. h. 9,08 Mark weniger als im Vorjahr. Auf 1 Tonne der Neben wurden durchschnittlich 33,4 Tonneen (3,3 Tonneen mehr als im Vorjahr) bezogen. In diesen 1901 getrennten Neben meist einen merklich geringeren Preisgehalt, und es wurden daher zur Vertheilung von 1 Kilogramm Neben 0,27 Kilogramm Neben durchschnittlich mehr verbraucht als 1900/01. Die Aufträge von Zucker der Reichstagsdeputations-Anstellen im Reichsgebiet 1901 bis 31. Juli 1902 betragen 699 281 Tonneen oder 11,94 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung in den freien Reichsgebiet, wovon im Vorjahr 699 586 Tonneen (12,29 Kilogramm auf den Kopf).

Embarer Dampfgesellschaft. Wie von zweifeltiger Seite mitgeteilt wird, ist am 19. Dezember in Geden die Gründung einer Dampfgesellschaft seitens der Firma Gentes und Stabianer in Verbindung mit der Embecker Dampfgesellschaft in Geden perfekt geworden. Die Gesellschaft wird zunächst zwei Dampfer einsetzen für allgemeine Fahrten, insbesondere Holz- und Getreidefrachten von der Ostsee und dem Schwarzem Meer nach der Ems.

Die katholisch-theologische Fakultät in Straßburg.

Das mit der Kurie getroffene Abkommen wegen Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät bei der Universität Straßburg ist am Samstag in Rom und in Straßburg veröffentlicht worden. Es ergibt sich daraus, daß die Errichtung der Fakultät in wesentlichen Dingen die gleiche sein wird wie die der katholisch-theologischen Fakultäten in Preußen. Allerdings ergeben sich auch nicht unwichtige Abweichungen. Im Einzelnen bringt die „Nord. Allg. Ztg.“ heute noch folgende Mittheilungen: Artikel 1 bestimmt die künftige Aufgabe des Großen Seminars in Straßburg, welchem bisher die ganze Ausbildung der angehenden Theologen hatte, auf die praktische Schulung zur Ausübung des geistlichen Berufs. Es dürfen danach alle Lehrgänge, welche zu den in der Fakultät vertretenen Fächern

